



...ist der Titel eines neuen Films über die Anfänge der RAF. Den damals gängigen Spruch soll Rudi Dutschke mit den Worten ergänzt haben: *Wann, wenn nicht jetzt!* Historiker betrachten den Beginn der RAF als Ausdruck eines gesellschaftlichen Umbruchs, der mit der Verdrängung der Erfahrungen der Väter und Mütter aus der Nazi-Diktatur in Verbindung gebracht wird. Verdrängung, allerdings eine der weniger sublimen Art, ist auch ein Thema in Bezug auf Atomkraft und so ist es kein Zufall, wenn diese Zitate bei mir zu einer Verknüpfung mit der Reaktorkatastrophe in Fukushima führen. Ist unser Titelblatt reißerisch oder aber stehen wir vor einer solchen Wende, die unser individuelles wie gesellschaftliches Leben nachhaltig verändern wird? Die Frage bleibt akademisch, solange wir nicht begreifen, dass nur wir es sind, die die Verhältnisse zu verändern vermögen. Ohne den Druck von der Straße wird es auch in Sachen Atomkraft bald so weitergehen wie bisher. Die erste Demo, die ja immerhin hier in Hamburg mehr als 50 000 Menschen auf die Straße brachte, ist ein Anfang, um den PolitikerInnen zu zeigen, dass sie ohne ein Abschalten der Atommeiler keine politische Zukunft haben. Jetzt müssen nicht nur viele Großdemos folgen, sondern nun müssen die Diskussionen im LehrerInnenzimmer und in den Klassenräumen weitergeführt werden. Und spätestens jetzt muss der eigene kleine Atomausstieg stattfinden: die Ummeldung

zum alternativen Energieanbieter. Denn trotz der scheinbaren Unmöglichkeit, sich gegen das Gerede der Atomlobby vom ökonomischen und klimabezogenen Sachzwang durchzusetzen, hat die Katastrophe von Fukushima Viele zum Nachdenken gebracht. Das so genannte Restrisiko einer Technologie, die die gesamte Zivilisation einer ständigen Bedrohung aussetzt, widerspricht jedweder Logik, außer der Profitmaximierung im betriebswirtschaftlichen Sinn. Diesen zentralen Widerspruch, zusammen mit den zahlreichen anderen Unwägbarkeiten, die die Atomindustrie uns beschert, nicht zuletzt die irre Vorstellung einer Halbwertszeit des Atommülls von zig Tausend Jahren, dürfen wir nicht müde werden aufzuzeigen. Wer also, wenn nicht wir als LehrerInnen stehen in der Verantwortung, die SchülerInnen mit dieser Zukunftsperspektive zu konfrontieren?!

Dagegen scheinen die Zeitenwechsel im Rathaus unbedeu-

tern verurteilt sein, weil sich die Widersprüche, die sich aus den unterschiedlichen Interessenlagen speisen, nicht einfach unten den Teppich kehren lassen. Dieser ‚Schulfrieden‘ ist nicht mehr als eine populistische Attitüde, eine Beruhigungsspiel für all diejenigen, die entweder ihre Privilegien gewahrt sehen möchten oder mit deren Hilfe man den Bildungsverlierern Sand in die Augen streuen möchte, um sie nicht merken zu lassen, dass sie diejenigen sind, die ihrer Chancen beraubt werden.

Beraubt werden sollen wir ja nach wie vor unserer zum Ende des Jahres fälligen Sonderzahlung. Die 5%ige Einkommenskürzung, ein Erbe der schwarz/grünen Koalition, ist nicht vom Tisch und die Signale aus dem Rathaus geben wenig Anlass zu der Annahme, dass wir ohne weitere Konfrontation mit dem Arbeitgeber zu unserem Geld kommen. Der Tarifabschluss, für den ja viele von uns am 2. März auf die Straße gegangen sind, hat

Joachim Geffers

Wer, wenn nicht wir...

tend. Aber das ‚große Ganze‘ ist ja nicht ohne das, was sich im - sogenannten - Kleinen abspielt, zu begreifen. Und in der Schulpolitik geht's ja immerhin um nicht weniger als um die soziale Frage: Wie es denn nun gelingen soll, die sozialen Ungleichgewichte, an deren Entstehung unser Schulsystem nicht unbedeutenden Anteil hat, abzubauen. Den Strauß an Themen hierzu muss ich an dieser Stelle nicht entfalten, da er ohnehin Gegenstand eurer Mitgliederzeitschrift ist. Nur so viel: Einen ‚Schulfrieden‘ (auf 10 Jahre), wie er von den Rathausparteien (außer der Linken) proklamiert wurde, wird es mit uns nicht geben! Ein derart blödsinniger Beschluss kann nur zum Schei-

keine wirkliche Kompensation geschaffen. Das Tarifergebnis – dessen Übertragung auf die Beamenschaft noch gar nicht gesichert ist – schafft, wenn wir Glück haben, gerade mal den Inflationsausgleich. Hier nicht in die Falle der ‚Schuldenbremse‘ zu geraten, verlangt noch Einiges an Aufklärung. Der gesellschaftliche Reichtum für mehr Bildungsinvestitionen ist vorhanden. Ausgeglichenere Haushalte – ohne Sparen – ließen sich herstellen, wenn man die Einnahmen steigert, d.h. diejenigen zur Kasse bittet, die über ein so hohes Einkommen und Vermögen verfügen, dass sie ihrer sozialen Verantwortung nachkommen müssen.